



[Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland e.V.](#)
[Gratis beitreten](#)

20. März 2019

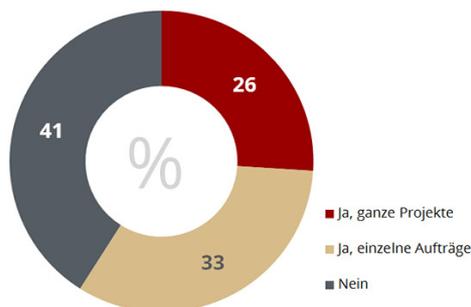
VGSD-/GULP-Umfrage mit alarmierenden Zahlen: Rechtsunsicherheit führt zu Brain-Drain und Verlust von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse der VGSD-/GULP-Studie vorweg:

- 26 Prozent der befragten IT-Experten hat erlebt, dass ein ganzes Kundenprojekt aufgrund der Rechtsunsicherheit in Deutschland beendet wurde oder eine Organisationseinheit geschlossen wurde. Weitere 33 Prozent waren „nur“ mit der vorzeitigen Beendigung einzelner Aufträge konfrontiert.
- 53 Prozent der beendeten Projekte/Aufträge wurden eingefroren oder ganz beendet, die andere Hälfte an größere Dienstleister – oft ins Ausland – vergeben. Von den in Deutschland eingestellten Projekten wurden 39 Prozent ins Ausland verlagert.
- Die bestehende Rechtsunsicherheit beim Einsatz von Selbstständigen wurde von 90 Prozent der Befragten als Grund für die Beendigung der Projekte und Aufträge genannt.
- Die große Mehrheit der Befragten sieht als Folge dieser Entwicklung die künftige Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschlands bedroht.
- 48 Prozent der IT-Selbstständigen erwägen selbst auszuwandern, wenn sich die Situation weiter verschlechtert – oder haben dazu bereits konkrete Schritte unternommen.

Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

Haben Sie erlebt, dass Aufträge bzw. Projekte mit Externen wegen Rechtsunsicherheit beendet wurden?



26 Prozent der Befragten haben erlebt, dass aufgrund der Rechtsunsicherheit ein ganzes Projekt beendet oder eine Organisationseinheit geschlossen wurde, 33 Prozent verloren „nur“ einen Auftrag

Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung auf eine [Kleine Anfrage der FDP](https://www.vgsd.de/gesprach-mit-mdb-thomas-sattelberger-fdp-ueber-die-von-ihm-initiierte-kleine-anfrage-zur-staatlichen-regulierung-von-it-freelancern/) (https://www.vgsd.de/gesprach-mit-mdb-thomas-sattelberger-fdp-ueber-die-von-ihm-initiierte-kleine-anfrage-zur-staatlichen-regulierung-von-it-freelancern/) in Hinblick auf die Rechtsunsicherheit bei der Beauftragung von IT-Selbstständigen hin geantwortet: „Der Bundesregierung liegen keine Daten zur Abwanderung von Know-how und zur Verlagerung von IT-Projekten ins Ausland aufgrund der einschlägigen Gesetzeslage vor.“ (S. 5 der [Drucksache](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/069/1906936.pdf) (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/069/1906936.pdf), vgl. auch die Antwort auf Frage 5, S. 7)

Diese Wissenslücke der Bundesregierung wollen wir mit der vorliegenden Studie schließen. Bereits Ende letzten Jahres haben wir gemeinsam mit GULP eine Befragung zu diesem Thema durchgeführt. 1.940 VGSD-Mitglieder und GULP-Nutzer, vor allem aus den Bereichen IT und Engineering, haben unsere aus fünf Fragen bestehende Umfrage beantwortet.

Damit sind nun erstmals fundierte Aussagen dazu möglich, wie viele Selbstständige von den Auswirkungen der Rechtsunsicherheit betroffen sind, was mit in Deutschland beendeten Aufträgen und Projekten passiert, welche Auswirkungen dies auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sowie auf die Bereitschaft von IT-Selbstständigen, Deutschland zu verlassen und statt dessen in einem anderen Land tätig zu werden.

Zahl der Betroffenen hat sich innerhalb der letzten zwei Jahren auf fast 60 Prozent verdreifacht

Immer mehr IT-Selbstständige machen die Erfahrung, dass sie aufgrund der in Deutschland in Bezug auf Scheinselbstständigkeit bestehenden Rechtsunsicherheit Aufträge verlieren oder ganze Projekte beendet werden. Die Zahl der auf diese Weise Betroffenen hat sich in den letzten Jahren auf 59 Prozent erhöht und damit in etwa verdreifacht. (Als wir vor zwei Jahren gemeinsam mit Deskmag eine [ähnliche Frage gestellt](https://www.vgsd.de/wp-content/uploads/2016/02/11.jpg) (https://www.vgsd.de/wp-content/uploads/2016/02/11.jpg) hatten, gaben „nur“ 21 Prozent an, einen Auftrag nicht erhalten zu haben, weil die Auftraggeber wegen dem Thema Scheinselbstständigkeit verunsichert waren.)

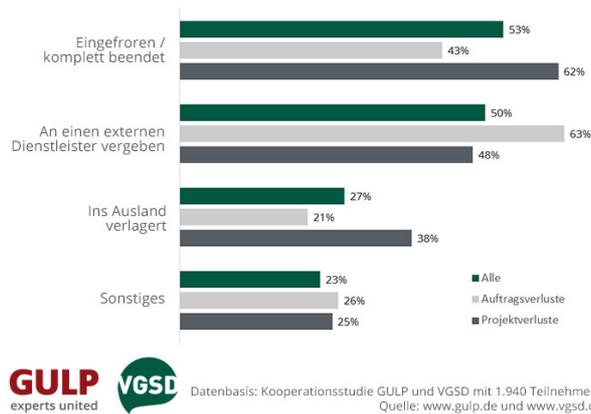
33 Prozent der Befragten haben „nur“ Aufträge verloren, bei 26 Prozent wurde gesamtes Projekt beendet oder Organisationseinheit aufgelöst

Bisher nicht betroffen waren Ende 2018 nur noch 41 Prozent der Befragten. Von den Betroffenen berichteten 33 Prozent ausschließlich über vorzeitig beendete Aufträge, also den „Rauswurf von Selbstständigen“. In 26 Prozent der Fälle wurde unabhängig vom Verlust eigener Aufträge das ganze Kundenprojekt vorzeitig beendet und/oder Abteilungen bzw. Bereiche beim Auftraggeber aufgelöst.

Die Antworten auf unsere weiteren Fragen unterschieden sich erheblich, je nachdem ob es sich um bisher Nichtbetroffene, Betroffene (Auftrag) oder Betroffene (Projekt) handelt.

Beendete Projekte wurden in 38 Prozent der Fälle ins Ausland verlagert

Was ist mit den Projekten / Aufträgen passiert? [Mehrfachnennungen möglich]



In der Hälfte der Fälle wurden Aufträge/ Projekte komplett beendet oder eingefroren, ansonsten an größere Dienstleister – oft im Ausland – vergeben

53 Prozent aller Betroffenen gaben an, dass ein Auftrag bzw. Projekt (am deutschen Standort des Auftraggebers) eingefroren bzw. komplett beendet wurde.

In 50 Prozent der Fälle wurde die Arbeit an (meist größere) externe Dienstleister vergeben. In 27 Prozent der Fälle fand dabei eine Verlagerung ins Ausland statt.

Ging es um ganze Projekte oder Organisationseinheiten, so wurden diese überproportional häufig eingefroren / beendet (62 Prozent) bzw. ins Ausland verlagert (38 Prozent).

Ging es „nur“ um den Verlust von Aufträgen, so wurden diese überproportional häufig (63 Prozent) an externe Dienstleister übergeben. (Mehrfachangaben waren möglich, weil ein Projekt z.B. in Deutschland komplett beendet werden kann, um an einen ausländischen Dienstleister übergeben zu werden.)

Umstellung auf Zeitarbeit und Weiterführung durch Festangestellte funktioniert nicht

Die von uns ausgewerteten mehr als 250 Anmerkungen von Betroffenen zu dieser Frage deuten darauf hin, dass notgedrungen häufig versucht wurde, selbstständige Auftragnehmer durch Zeitarbeiter zu ersetzen oder die Aufgaben an die Stammebelegschaft zu übergeben. Da Zeitarbeit (auch „Leiharbeit“, „Arbeitnehmerüberlassung“ oder kurz „ANÜ“) über Personalvermittler bei gleichen Kosten deutlich schlechter bezahlt ist, konnte aber häufig kein ausreichend qualifizierter Ersatz für die gekündigten freiberuflichen Experten gefunden werden.

Die Stammebelegschaft ihrerseits war in der Regel schon so stark ausgelastet, dass die Verlagerung der Aufgaben auf sie zu starken Verzögerungen führte bzw. zu einem Scheitern des Projekts. In einer kleinen Zahl von Fällen wurde versucht, weiter mit Selbstständigen zusammenzuarbeiten, diese aber häufiger auszutauschen. Dies war für den Projekterfolg jedoch ebenfalls nicht förderlich.

Hier eine Auswahl typischer Kommentare Betroffener, zur Frage was mit den Aufträgen bzw. Projekten geschah:

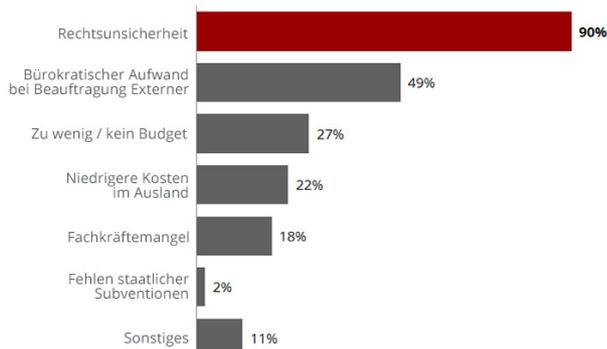
- „Immer wieder werden Projekte an indische Dienstleister vergeben, die Inder zum Kunden in Deutschland bringen, da in Deutschland wohnhafte IT-Berater aus Scheinselbstständigkeitsgründen nicht eingesetzt werden „dürfen“. Gutes Beispiel dafür ist [der Konzern xxx] in München.“
- „Der Auftragnehmer wurde gedrängt, den Auftrag über ANÜ abzuwickeln, der (ausländische) Verleiher behält dabei fast 50 Prozent des ehemaligen [Honorars] ein.“
- „Sogar externe Dienstleister haben ihre Projekte verloren, da der Endkunde die Gefahr einer Scheinselbstständigkeit in der Vertragskette befürchtet hat.“
- „Zwangsanstellungen und damit Verlust der Aufträge für Selbstständige oder Abrechnung über Arbeitskräfteüberlasser.“
- „Sie wurden mit Angestellten fortgeführt – aber insbesondere nach Abu Dhabi und Mumbai verlagert.“
- „Befristete Einstellungen wurden angeboten oder Freelancer durch weniger qualifizierte ANÜ Kräfte ersetzt.“
- „[Verlagerung nach] Osteuropa.“
- „Es wurde versucht (!) die Position mit internen oder ANÜ zu besetzen.“

- „Vergabe an einen Dienstleister, der fast nur mit Indern arbeitet.“
- „Nur noch Arbeitnehmerüberlassungsverträge. Damit sind Freiberufler raus.“
- „Freelancer dürfen nur 300 Tage in 3 Jahren für diesen Kunden arbeiten. Obwohl noch Bedarf besteht, werden Verträge nicht verlängert.“
- „Sie wurden in Überstunden von überlasteten Angestellten weiter geführt.“
- „Nur mit Freelancern, die bereit waren als Leiharbeitnehmer zu arbeiten, sich also beim Personalvermittler fest einstellen zu lassen für die Dauer des Projektes!“
- „Wurden an größere Firmen vergeben, teilweise dann als Subkontrakt mit niedrigen Honoraren zurück an den ursprünglichen Ingenieur [vergeben].“
- „Sie wurden an einen ausländischen externen Dienstleister vergeben.“
- „Man wurde vor die Wahl gestellt: Entweder in Arbeitnehmerüberlassung wechseln, oder man ist raus aus dem Projekt.“
- „Sie wurden an große Firmen [...] vergeben. Vereinzelt wurde nachgefragt, ob man auf Grundlage von Arbeitnehmerüberlassung und ca. zu etwas mehr als dem halben Preis weiter machen möchte.“
- „[Führte zum] Teilweise-Zusammenbruch von Operations [also dem Betrieb des Unternehmens].“
- „Ich arbeite jetzt mit einem US-amerikanischen Kooperationspartner für das Projekt zusammen.“
- „Der verbissene Versuch, komplett auf intern und ANÜ zu setzen wird meiner Meinung nach in Kürze scheitern, da VIEL zu wenige interne/ANÜler mit den erforderlichen Kenntnissen verfügbar sind.“
- „Aus Unsicherheit will man generell auf Interim Manager / Selbstständige verzichten. Man hat aber keine Idee wie man die Projekte nun staffen soll.“
- „Alle Freelancer gekündigt, bis auf Reste.“
- „Es wird versucht, auf Zeitarbeitskräfte auszuweichen – mit sehr wenig Erfolg.“
- „Die Aufträge wurden in Arbeitnehmerüberlassungen zu deutlich schlechteren Konditionen umgewandelt.“
- „Neuausschreibung als Festpreisprojekte.“
- „Man versucht verzweifelt, das Produkt mit interne Mitarbeitern zu pflegen.“
- „Nach max. 18 Monaten wird neu besetzt + Sperrfrist beim Kunden.“
- „Externe im Ausland ansässige Unternehmer erhielten den Auftrag.“
- „Bei [Konzern xxx] ging alles an eine indische Firma. Finanziell abgewickelt über eine Limited in UK.“
- „An größere Beratungsgesellschaft vergeben, der Kunde macht keine Projekte mehr mit Freiberuflern.“
- „Sollen angeblich später intern bearbeitet werden... dafür ist aber (auch zukünftig) keinerlei Ressourcenverfügbarkeit sichtbar.“
- „Sie verzögern sich massiv.“
- „Man versuchte, Zeitarbeiter zu finden. Ist misslungen, da spezialisierte Thema.“
- „[Führte zu] Umsatzverlust.“
- „Unterstützung durch externe Experten (in einzelnen Projektphasen bis zu 80 Prozent) wurde beendet und versucht, intern zu ersetzen. Im Ergebnis scheiterte das Projekt. Verlust 7-stellig.“
- „Sie wurden an internationale Beratungskonzerne vergeben.“
- „Ausführung durch ohnehin überlastete interne Mitarbeiter.“
- „Da Auftraggeber zögern mit externen Mitarbeitern zu arbeiten, verschieben Projekte oder (sie) werden ins Ausland (Bereich Klinische Forschung) vergeben.“
- „Auftraggeber wie die [Konzern xxx] und andere Banken wollen nicht mehr mit Freiberuflern zusammenarbeiten, weil sie Angst vor den Auswirkungen der Gesetzte bzgl. Scheinselbstständigkeit haben.“

Rechtsunsicherheit und damit verbundene Bürokratie ganz klar Ursache

Umfrage Innovationsstandort Deutschland?

Gründe für Projekt- oder Auftragsverlust [Mehrfachnennungen möglich]

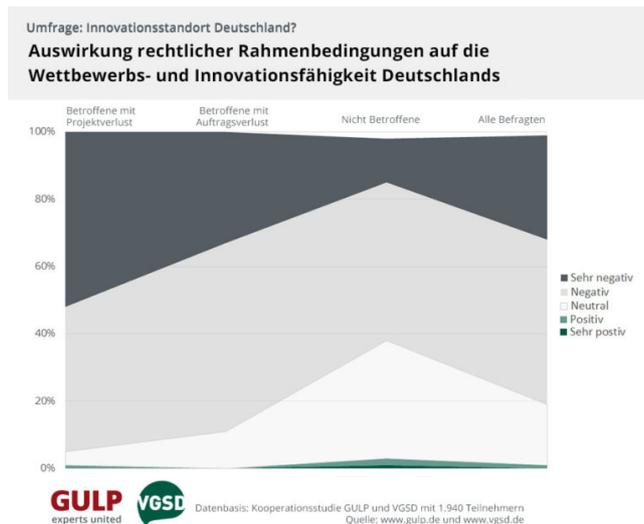


Die bestehende Rechtsunsicherheit war der zentrale Grund für die Beendigung von Projekten und Aufträgen im Inland

Den Grund für die vorzeitige Beendigung von Aufträgen und Projekten in Deutschland sahen die Betroffenen in mehr als 90 Prozent der Fälle in der bestehenden Rechtsunsicherheit. Die Hälfte von ihnen gab zusätzlich den hohen bürokratischen Aufwand bei der Beauftragung Externer in Deutschland als Grund an. Unter den 11%, die „Sonstiges“ ankreuzten und mehr als 120 Kommentare hinterließen, gaben viele „Angst vor Scheinselbstständigkeit“ oder ähnliches an.

Budget- und Kostengründe (27 bzw. 22 Prozent) sowie Fachkräftemangel (16 Prozent) spielten als Ursache eine vergleichsweise geringe Rolle.

80 Prozent aller Befragten, 90 bis 95 Prozent der Betroffenen sehen Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit negativ oder sehr negativ



Die große Mehrheit der Befragten sieht die Rechtsunsicherheit als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Die Auswirkungen der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für IT-Projekte auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschland bewerteten alle Befragten überwiegend negativ, wobei sich die Antworten abhängig von den persönlichen Erfahrungen erheblich unterschieden.

Die Gesamtheit der Befragten sah zu 2 Prozent einen positiven oder sehr positiven, zu 18 Prozent einen neutralen und zu 80 Prozent einen negativen oder sehr negativen Effekt. Selbst unter den nicht selbst Betroffenen beurteilten nur 4 Prozent die Auswirkungen positiv und 60 Prozent als negativ.

Diejenigen, die „nur“ den Verlust von Aufträgen erlebt hatten, sahen die Auswirkungen zu 89 Prozent negativ. Am alarmiertesten waren mit 95 Prozent diejenigen, die die Beendigung eines Projekts oder die Auflösung einer Organisationseinheit miterlebt hatten.

Deutlich zeigt sich die Auswirkung eigener Erfahrungen auch, wenn man nur die Antwort „sehr negativ“ heranzieht. Nicht-Betroffene wählten sie in 13 Prozent der Fälle, die Betroffenen (Auftrag) zu 33 Prozent und die Betroffenen (Projekt) zu 52 Prozent.

Gruppenübergreifend bewerteten 49 Prozent aller Befragten die Auswirkungen auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit als negativ und 31 Prozent als sehr negativ.

Mehr als 400 Teilnehmer kommentierten Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit

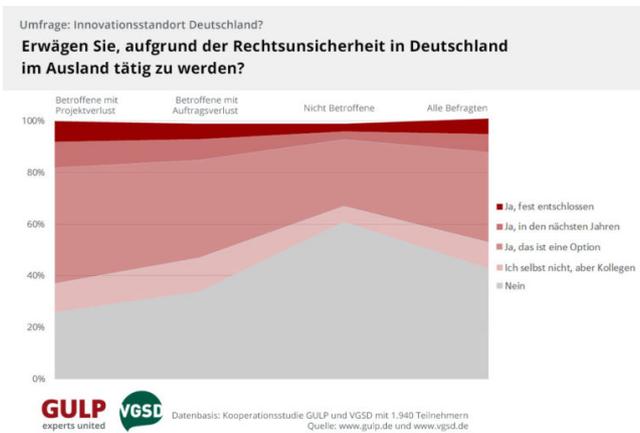
Bei dieser Frage nutzen 426 Teilnehmer (rund 30 Prozent der Befragten) die Möglichkeit, einen (teils umfangreichen Kommentar) abzugeben, was auf eine hohe persönliche Betroffenheit hindeutet.

Hier eine Auswahl von Statements, mit denen Betroffene die Auswirkungen der Rechtsunsicherheit auf sich selbst und auf die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden kommentiert haben. Wir haben die Aufstellung nach dem 50. Kommentar aus Zeitgründen abgebrochen, die Liste hätte sich noch weiter fortsetzen lassen.

1. „Die Kunden sind verunsichert und trauen sich nicht, die kompetenten Leistungen der in Deutschland wohnhaften IT-Berater in Anspruch zu nehmen. Die Alternative vom Kunden ist fast immer auf ausländischen IT-Berater zurückzugreifen, die ebenfalls vor Ort beim Kunden in Deutschland arbeiten. Ich fühle mich diskriminiert vom Gesetzgeber, weil ich in Deutschland wohne und überlege mir ins Ausland (in der Schweiz) zu gehen, um dieses Problem zu umzugehen.“
2. „Die gegenwärtigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaden Freiberuflern mehr als dass sie nützen bzw. schützend wirken.“
3. „Leider steht [man als] Freelancer permanent unter dem Generalverdacht, ein Scheinselbständiger zu sein. (...) Man bewegt sich in einem rechtsfreien/grauen Bereich. Wer will das schon?“
4. „Die Rahmenbedingungen machen es schwierig langfristig mit einem Kunden zusammenzuarbeiten. [... Sie] behindern mich also darin, an die deutlich besser bezahlten Arbeiten heranzukommen.“
5. „Extern vorhandenes Know-how kann [aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen] oftmals nicht in Projekte einfließen.“
6. „Bin selbst nach vielen Jahren (...) guter Zusammenarbeit von einem Stammkunden (großes dt. Unternehmen) für immer gekündigt worden, zusammen mit fast allen anderen Freiberuflern (...). War danach lange ohne Auftrag, habe meinen Bekannten auf Nachfrage erklärt, ich wäre jetzt in „Andrea-Nahles-Zwangspause“. 😞 Aktuell arbeite ich für eine ausländische Firma (EU-Ausland).“
7. „Bei den Freelancer führt es dazu, dass sie sich ständig gefährdet fühlen, dass ihnen die Selbständigkeit aberkannt wird.“
8. „Dort wo Flexibilität und Fach-Know-how am dringendsten benötigt werden, werden Hürden aufgebaut.“
9. „Die Rechtsunsicherheit in Deutschland hat ein Niveau erreicht, dass verfassungswidrig und nicht mehr rechtsstaatlich ist.“
10. „Ich erlebe es im Moment selbst, dass alle Freiberufler aus Projekten zum Jahresende ausscheiden müssen. Da wurde ein „super“ Gesetz beschlossen!!!“
11. „Ich kenne mehrere Konzerne, in denen die Einschränkungen sowohl für Werkarbeit als auch Zeitarbeit zu einer Beschleunigung der Verlagerung von Unternehmensteilen ins Ausland geführt haben.“
12. „(...) wird sich mittelfristig irreparabel auswirken. Durch die Rechtsunsicherheit verlieren gerade Freelancer ihre Existenzgrundlage. Die Auswanderung in andere Länder wird zunehmen. Die unternehmerische Freiheit wird nicht mehr gewährleistet.“
13. „Die aktuellen Regelungen seit April 2017 entsprechen in hochqualifizierten Fragestellungen in keinsten Weise der betrieblichen Wirklichkeit und dem Bedarf von Unternehmen unterschiedlicher Größe.“
14. „Es werden immer mehr Aufträge nach Indien vergeben“
15. „Ich plane, in 1-2 Jahren Deutschland zu verlassen und in Estland oder der Schweiz zu gründen. Deutschland hat in vielerlei Hinsicht seine früheren Standortvorteile eingebüßt und eine Menge Nachteile angehäuft.“
16. „Unter den Freiberuflern sind überdurchschnittliche viele Spitzenkräfte. Wenn diese aufgrund der Rechtsunsicherheit keine Aufträge mehr bekommen, dann gehen sie lieber ins Ausland anstatt sich einstellen zu lassen.“
17. „Auch ich selbst überlege konkret meinen Sitz deswegen zu verlegen.“
18. „Die Rechtsunsicherheit ist zu hoch. Die rechtlichen Hürden für die Beauftragung Externer sind zu hoch. (...) Projekte in Deutschland werden gefährdet.“
19. „Deutschland hängt nur noch hinterher. Die Politik erkennt das Problem nicht und negiert es sogar.“
20. „Schutzgesetze, die der Gesetzgeber für den Bereich der prekären Beschäftigung erlassen hat, werden auch auf den Bereich der hochbezahlten und hochqualifizierten IT-Freiberufler angewandt. Dort zerstören Sie die von allen Beteiligten gewollten und akzeptierten Projektstrukturen.“
21. „Die Rechtsunsicherheit im Rahmen der sogenannte Scheinselbstständigkeit ist ein Existenzkiller für tausende Freiberufler und Solo-Selbstständige. (...) Deutschland erstickt in wirklichkeitsfremden rechtlichen Regularien. (...) Traurig, aber ich würde meinen Kindern heute nicht mehr empfehlen, sich selbstständig zu machen.“
22. „Es sollten verständliche und eindeutige gesetzliche Regelungen für die Beschäftigung von Freelancern eingeführt werden, damit die Unternehmen sich wieder mehr auf die Schaffung von Aufträgen und Arbeitsplätzen konzentrieren können. Die Regelungen dürfen die Unternehmen (...) nicht in Richtung Outsourcing ins Ausland treiben, [wie] dies bereits jetzt oft stattfindet.“
23. „Von 31 Freiberuflern, inklusive mir selbst, haben inzwischen bereits 26 ihre Aufträge verloren und keine neuen vergleichbaren mehr erhalten. Die verbliebenen Freiberufler fürchten massiv um ihre Existenz.“
24. „[Ich selbst habe aufgrund der Entwicklung] bereits mit 45 Jahren einen gefährlichen Herzinfarkt mit dramatischer OP erlitten. Beinahe hat mich die Reform von Frau Nahles mein Leben gekostet. (...) Früher hatte ich ein sehr gutes Einkommen. Heute ist es für mich viel schwerer, meine Lebenshaltungskosten zu finanzieren.“
25. „Deutsche Politiker sind in Bezug auf den Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft komplett überfordert. Das Ökosystem um die Politik herum ist auf eine Industriegesellschaft fokussiert.“
26. „Deutschland wird aufgrund seiner restriktiven Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb hinter

- maßgebliche Wettbewerber zurückfallen mit der direkten Folge, dass die Wettbewerbs-Fähigkeit Deutschlands leidet.“
27. „Die Themen Scheinselbständigkeit und Arbeitnehmer Überlassung sind für das Projektgeschäft Gift. Es ist erstaunlich, dass der Gesetzgeber für diese Bereiche keine Regelungen gefunden hat.“
 28. „Es wird verhindert, dass Unternehmen und Freiberufler direkte Verträge schließen. Dieses führt zu höheren Kosten, Verzögerungen, schlechterer Qualität und evtl. auch Streichungen bei Projekten. Dadurch wird natürlich auch Konkurrenz im Ausland indirekt gefördert.“
 29. „Das Thema Scheinselbständigkeit nervt und kostet Energie, die woanders fehlt.“
 30. „Know-how-Träger für Spezialwissen braucht man als Firma oft nur eine gewisse Zeit, viele Freelancer wollen auch gar nicht zu lange (...) bei einem Kunden sein, sondern ganz unterschiedliche Kunden und Umgebungen kennenlernen und sich immer wieder neu beweisen. Man kauft ja auch kein Umzugsunternehmen – nur weil man umziehen will.“
 31. „Beim Gespräch mit meinen Kunden (aus großen Unternehmen) wurden mir katastrophale Stories berichtet. Ich denke, langfristig besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland dadurch viele Aufträge und in der Konsequenz dann auch viel Know-How verlieren.“
 32. „Die Veränderung (...) ist bereits weit gediehen – Deutschland schießt sich selbst ins Abseits.“
 33. „[Die] Parteien hinken den strukturellen Veränderungen im Arbeitsleben um viele Jahre hinterher. Die Untätigkeit und Hilflosigkeit der Politik ist frustrierend.“
 34. „Softwareentwicklungsprojekte werden oft nach Osteuropa oder Asien ausgelagert.“
 35. „Es wird zunehmend attraktiver, vom EU-Ausland aus zu arbeiten.“
 36. „Aktuell werden (...) Projekte mit innovativem Charakter weitgehend eingestellt.“
 37. „Mit den aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für IT-Projekte wirft man der Industrie indirekt Knüttel zwischen die Beine – und die Industrie wird schnell (...) mit Verlagerungen in das Ausland reagieren.“
 38. „Ressourcen werden dann aus dem Ausland besorgt, billiger und keine Probleme mit dem Staat. → Geld fließt ins Ausland, wir zahlen aber hier Steuern.“
 39. „Es sind nicht nur IT-Projekte davon betroffen!!! [Der Schaden ist noch viel höher im] Engineering-Bereich (z.B. Medizintechnik, Maschinenbau, Elektrotechnik etc).“
 40. „Freelancer sind wichtig. Die deutsche Regierung legt Freelancern aber nur Steine in den Weg.“
 41. „Verlagerung ins Ausland bedeutet auch immer Abzug von Wissen. (...) Langfristig (Post-Go-Live) ergibt sich erheblicher Mehraufwand für die durchführenden Unternehmen.“
 42. „Die bürokratischen Hürden für eine freiberufliche Zusammenarbeit sind inzwischen so hoch, dass sie (...) die Digitalisierung und somit auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kräftig ausbremsen.“
 43. „Projekte werden unnötig verlangsamt, kosten den Kunden mehr und [bringen] im Vergleich zu Ländern, die keine sinnlosen Hürden aufbauen → [Wettbewerbsnachteile]. Wenn das nicht gestoppt wird, wird Deutschland seinen Erste-Welt-Status verlieren.“
 44. „Die angewendeten Rechtsvorschriften haben keinen Bezug zur Realität. Freiberufler werden in nicht gewünschte Verträge gezwungen.“
 45. „Der krampfhaft staatliche Versuch (...) die Rentenkasse zu füllen, indem die Freelancer kriminalisiert werden (...), zerstört gerade aktiv die Existenzgrundlage meiner Familie.“
 46. „Im Unterschied zu Deutschland hat man z.B. in der Schweiz den Kopf frei von diesen Belangen (...). Ich will mich auf meine Arbeit konzentrieren können; in Deutschland muss ich nebenberuflich Steuern und Status verwalten – das kann so einfach nicht weitergehen. Tschüs!“
 47. „Es besteht die Gefahr, daß die kreativen Köpfe abwandern.“
 48. „Meiner Ansicht nach macht sich ein sehr großer Teil von Top-Experten aus Beratung und Entwicklung irgendwann selbständig (...). Bestimmte Projekte können Konzerne nur mit Unterstützung genau dieser Leute angehen. Diese Projekte finden meiner Ansicht nach derzeit nicht mehr in dem Umfang statt wie eigentlich geplant.“
 49. „Die Fachkräfte die wir in Deutschland dringend benötigen, weichen in die Schweiz in die USA oder nach China aus. Dort gibt es keinerlei Beschränkungen und keine durch die Politik künstlich erzeugte Hürden. Das ausgewanderte Know-how muss sich die deutsche Industrie dann wieder teuer aus dem Ausland erkaufen. Die Führung in der Entwicklung innovativer Lösungen haben wir in Deutschland bereits abgegeben. Jetzt sind wir dabei die Wertschöpfungsbestandteile die sich aus Dienstleistungen ableiten, ebenfalls in andere Länder zu verlagern.“
 50. „Es werden nur noch extrem kurzfristige und dringende Projekte national vergeben und solche, wo Deutschkenntnisse wesentlich sind.“

48 Prozent aller Befragten und 63 Prozent derer, die die Beendigung eines Projekts erlebt haben, erwägen Auswanderung



Fast die Hälfte der befragten und bis zu zwei Drittel der persönlich betroffenen IT-Experten spielt mit dem Gedanken einer Auswanderung

Die wahrgenommene Rechtsunsicherheit in Deutschland, der Verlust von Aufträgen und der befürchtete Rückgang von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit führen dazu, dass ein überraschend hoher Anteil der IT-Selbstständigen erwägt, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren.

Selbst wenn man alle Befragten (einschließlich der Nicht-Betroffenen) betrachtet, sagt nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent, dass sie einen Umzug nicht erwägt – wobei selbst von diesen 10 Prozent sagen, dass Kollegen es vorhaben. 6 Prozent der Befragten haben sich bereits fest entschlossen, ins Ausland zu gehen. Weitere 7 Prozent planen, dies in den nächsten Jahren zu tun. Für 35 Prozent ist es eine Option, wenn sich die Situation in Deutschland weiter verschlechtert.

48 Prozent aller Befragten erwägt also eine Auswanderung. Unter den Betroffenen, die „nur“ einzelne Aufträge verloren haben, ist mit 53 Prozent bereits eine Mehrheit ausreisewillig und unter denen, die die Auflösung eines ganzen Projekts oder einer Organisationseinheit erlebt haben, erwägen fast zwei Drittel (63 Prozent) eine Auswanderung!

Reale Gefahr eines Brain-Drains in der Schlüsselbranche IT

Die Zahl der Auswanderungswilligen hat sich damit in den letzten drei Jahren deutlich erhöht. Im Januar 2016 hatte GULP 440 IT- und Engineering-Spezialisten schon einmal die Frage gestellt, was die tun würden, wenn die Reglementierung in Deutschland dazu führen würde, dass Freiberuflichkeit keine Option mehr für sie wäre. 21 Prozent hatten damals geantwortet, dass sie dann auswandern würden. Heute sind es bei einer ähnlichen Grundgesamtheit 48 Prozent.

Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass der Rest der Befragten weiterhin dem deutschen – mit IT-Fachkräften unversorgten – Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. 2016 hatte nämlich 17 Prozent der Befragten geantwortet, sie würden sich (vorzeitig) zur Ruhe setzen, wenn sie nicht mehr selbstständig tätig werden könnten. Auch das ist eine Form des Brain-Drain!

Da mit jedem Tag weitere Projekte hinzukommen, die gestoppt oder ins Ausland verlagert werden, wird der Anteil der Betroffenen weiter zunehmen und damit auch die Neigung, eines Umzugs ins Ausland. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen muss man ohne Zweifel von der Gefahr eines Brain-Drains im IT-Bereich sprechen.

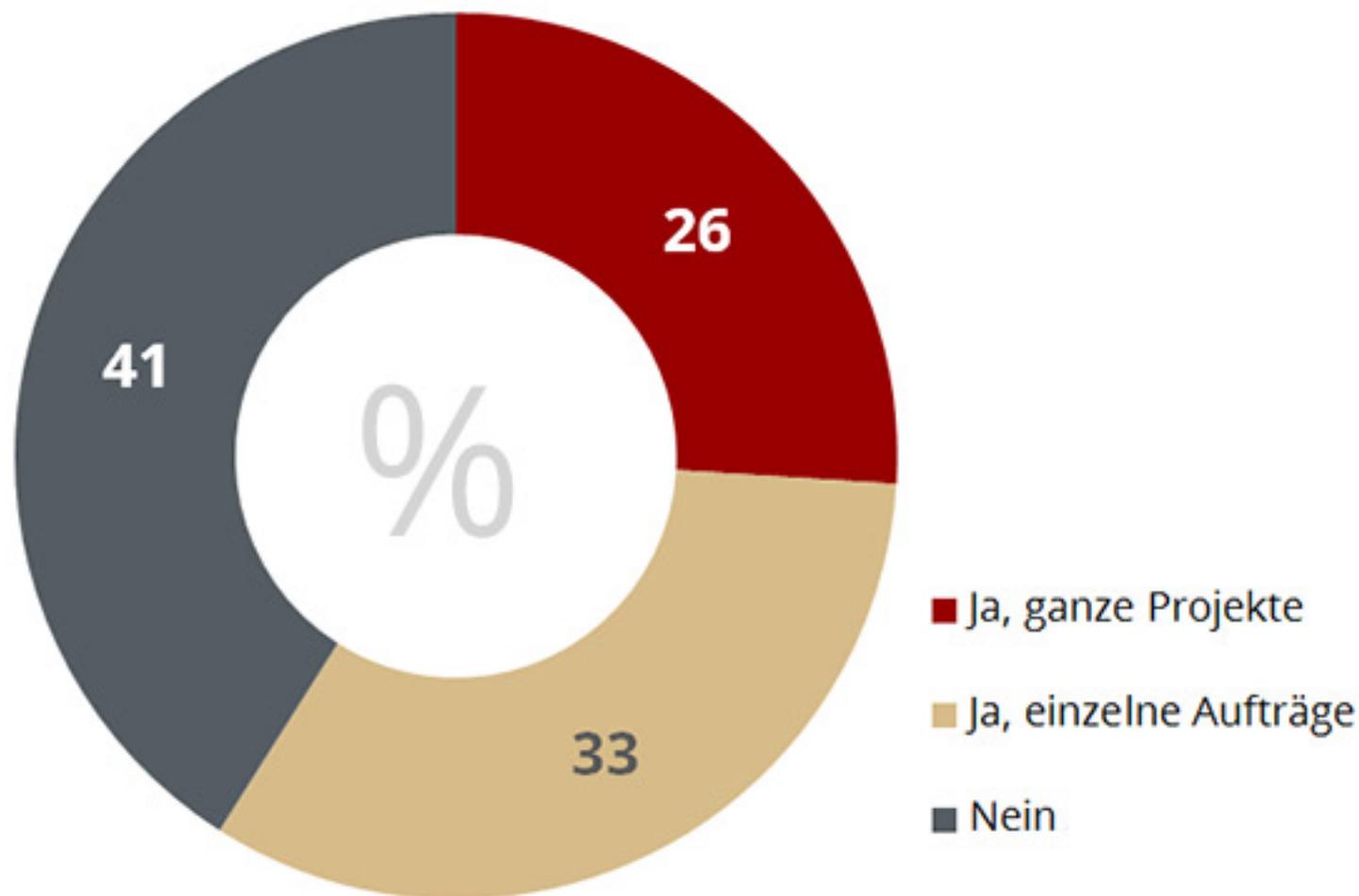
Siehst du auch die Gefahr eines Brain drain?

Bitte nutze die Kommentarfunktion unten und lass uns wissen, wie du die Ergebnisse der Studie bewertest. Siehst du auch die Gefahr, dass Deutschland seine Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit riskiert und gute Leute in Ausland abwandern, weil sie sich in Deutschland nicht mehr rechtssicher betätigen können?

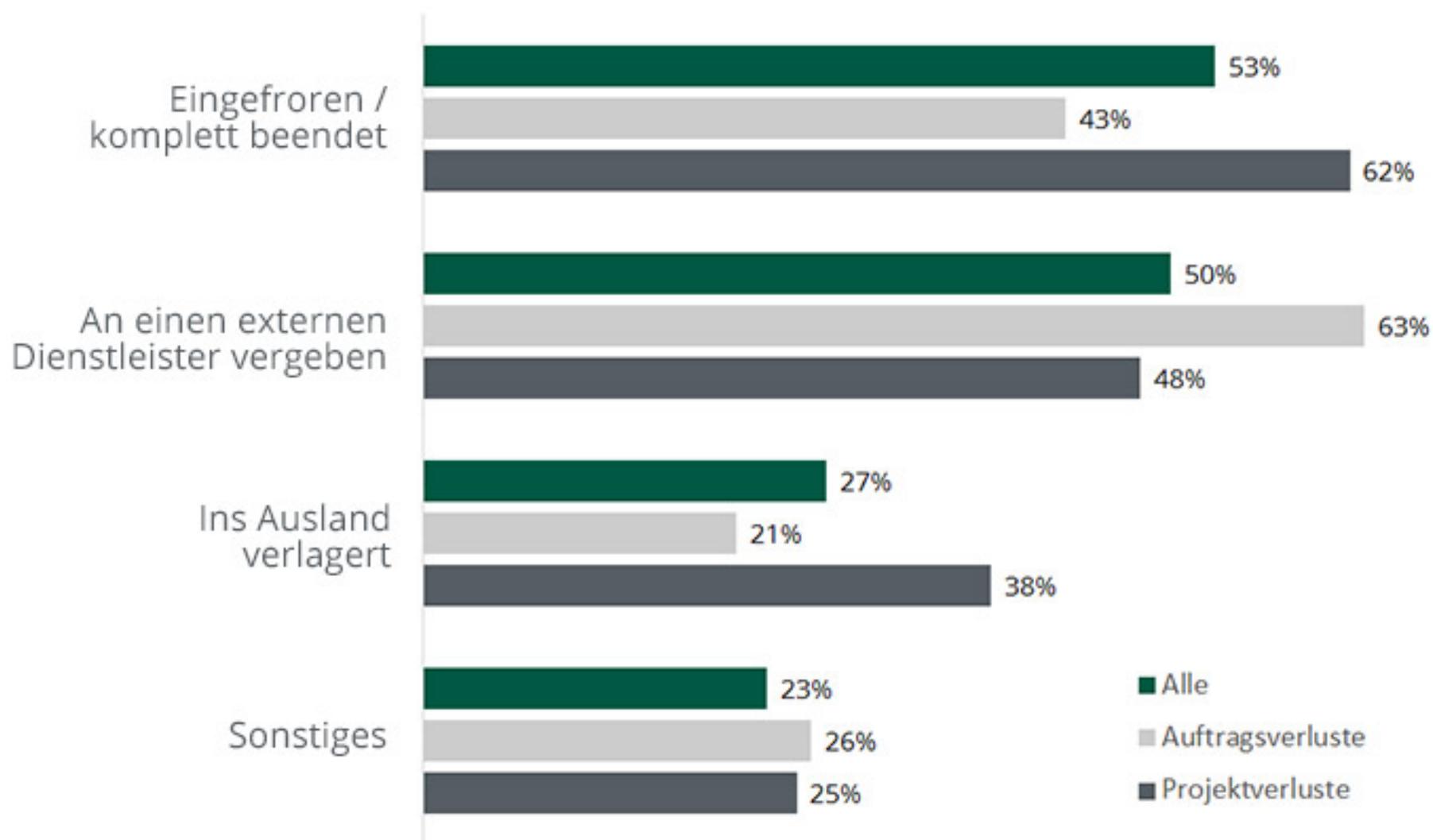
Galerie

Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

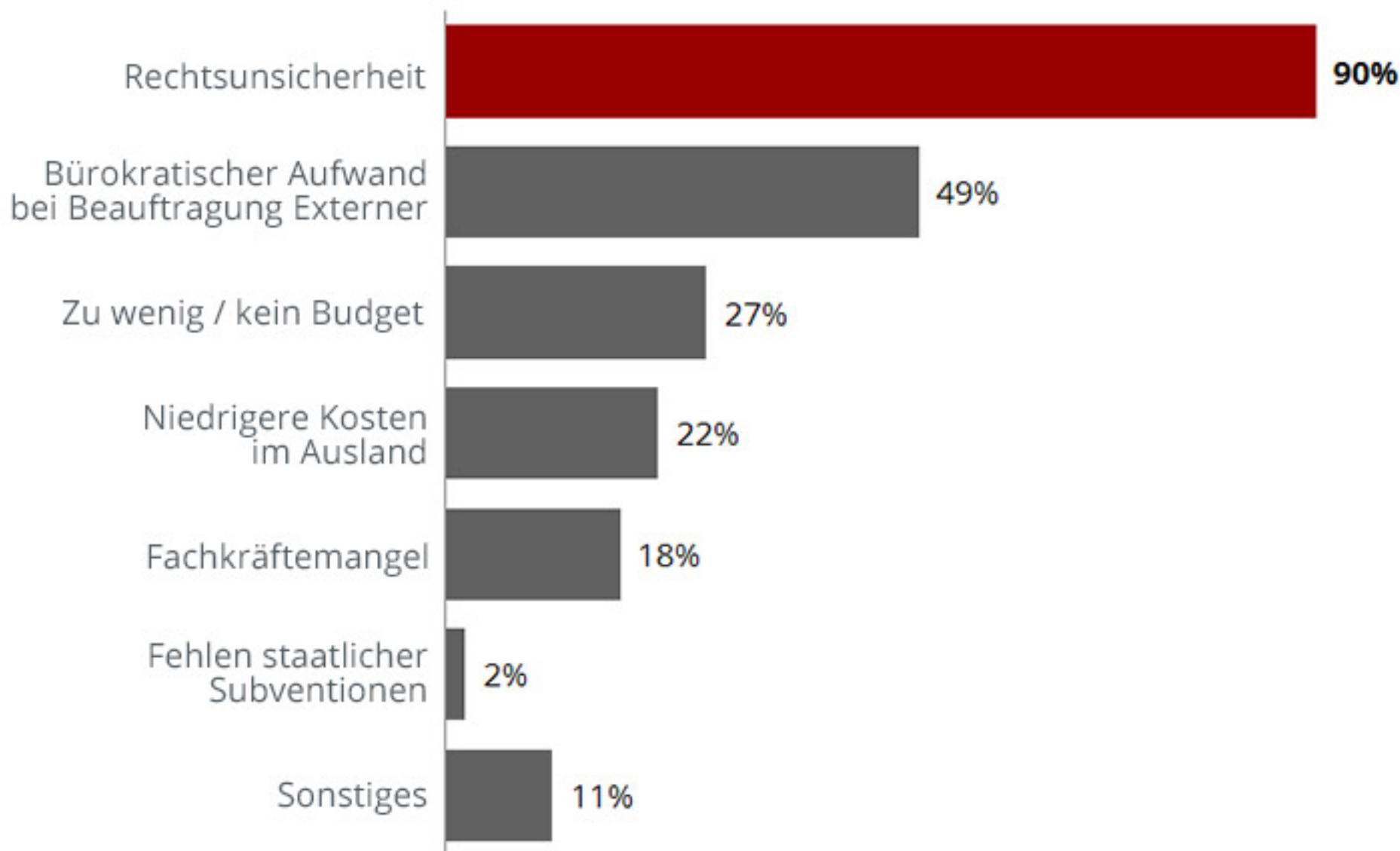
Haben Sie erlebt, dass Aufträge bzw. Projekte mit Externen wegen Rechtsunsicherheit beendet wurden?



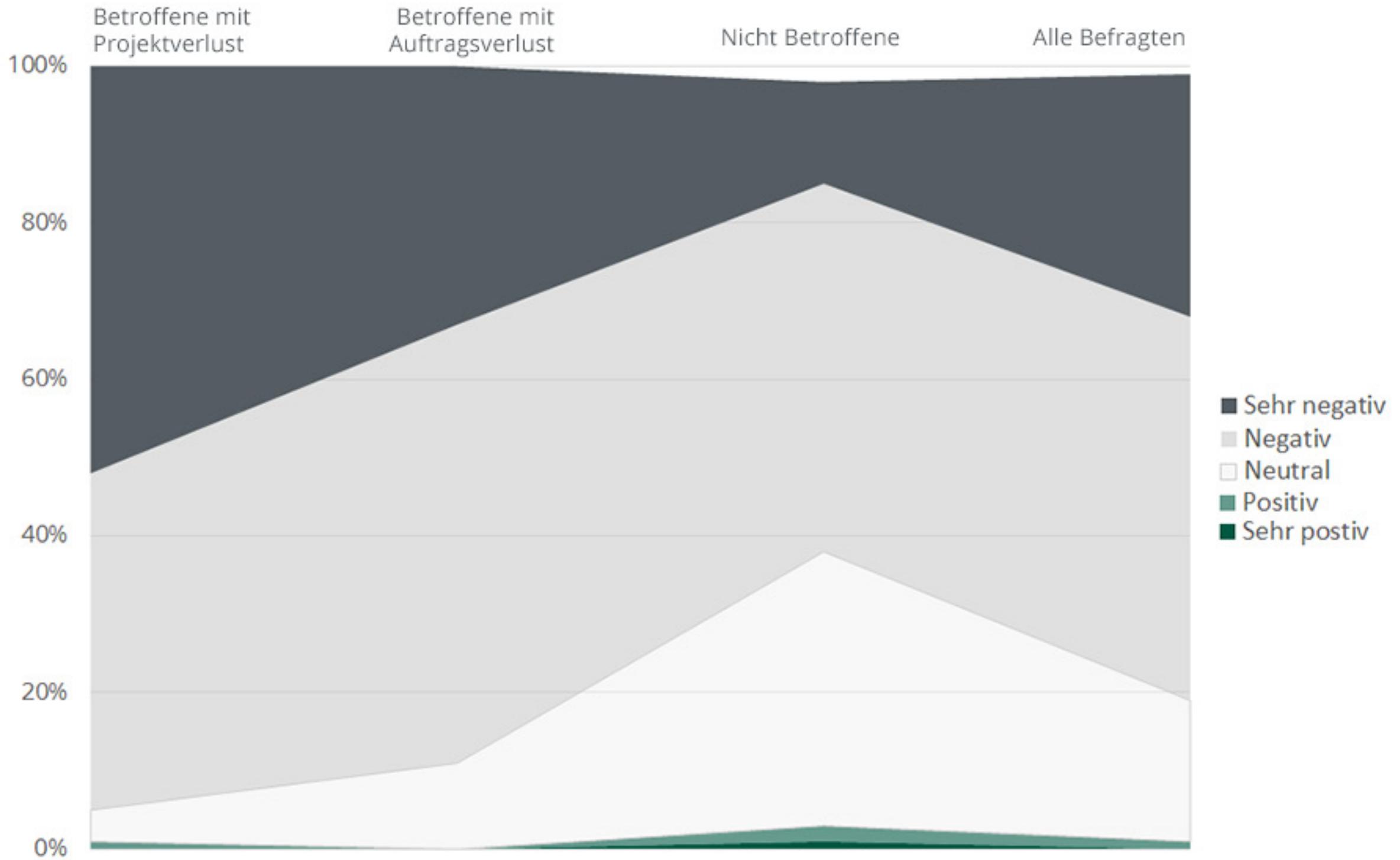
Was ist mit den Projekten / Aufträgen passiert? [Mehrfachnennungen möglich]



Gründe für Projekt- oder Auftragsverlust [Mehrfachnennungen möglich]

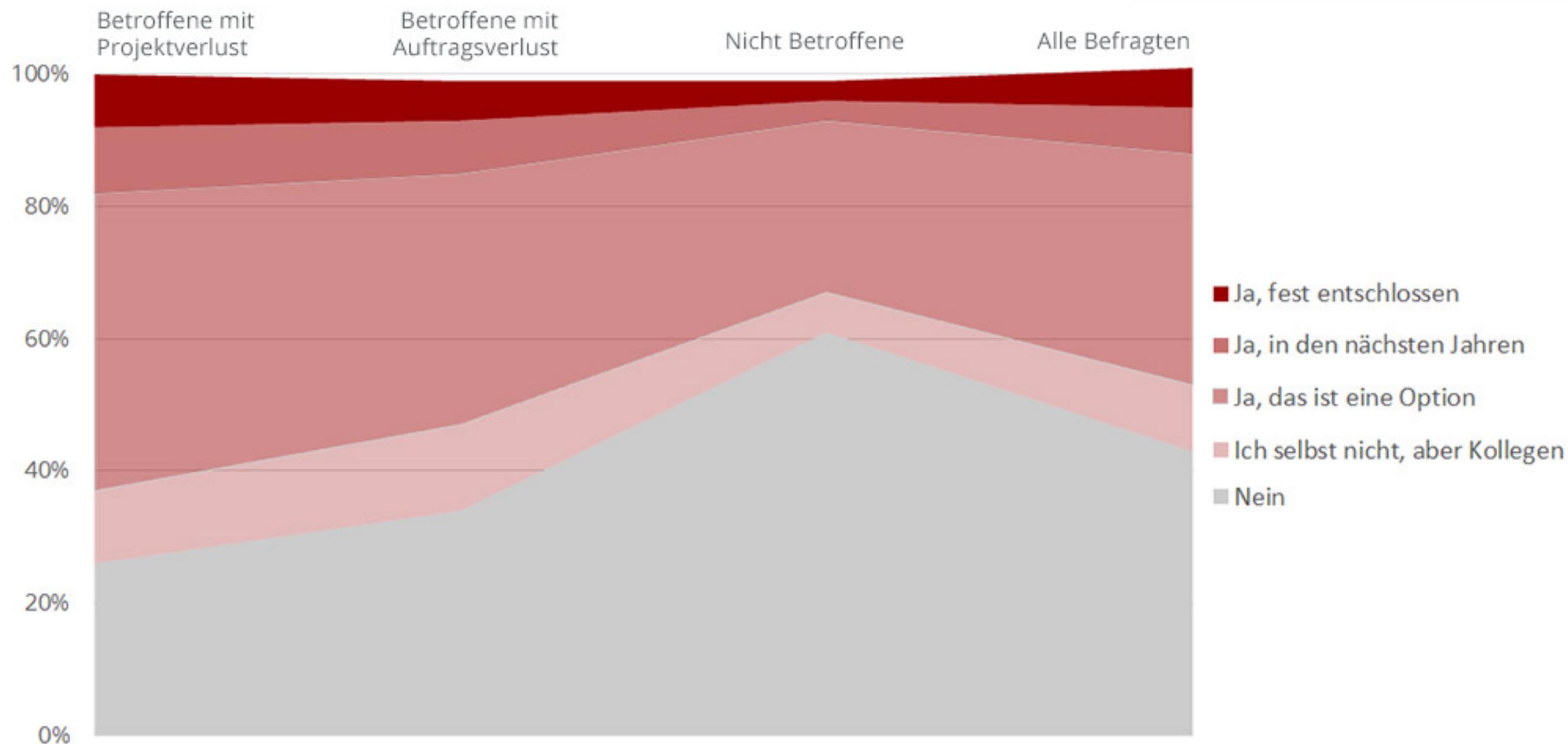


Auswirkung rechtlicher Rahmenbedingungen auf die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit Deutschlands



Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

Erwägen Sie, aufgrund der Rechtsunsicherheit in Deutschland im Ausland tätig zu werden?





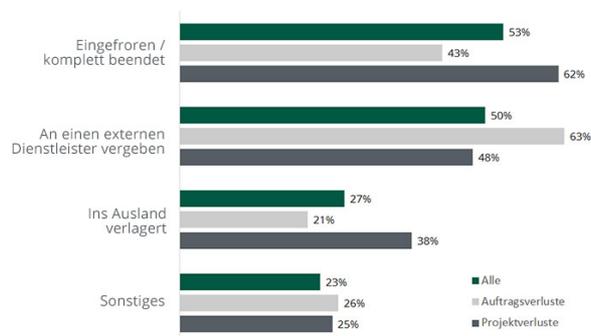
[Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland e.V.](#)
[Gratis beitreten](#)

20. März 2019

Pressemitteilung: „Brain Drain: Rechtsunsicherheit treibt IT-Fachkräfte und innovative Projekte ins Ausland“

Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

Was ist mit den Projekten / Aufträgen passiert?
[Mehrfachnennungen möglich]



Datenbasis: Kooperationsstudie GULP und VGSD mit 1.940 Teilnehmern
Quelle: www.gulp.de und www.vgsd.de

Beendete Projekte werden in 38 Prozent der Fälle ins Ausland verlagert

Umfrage von GULP und VGSD: 48 Prozent der selbstständigen IT-Experten erwägen, aufgrund schlechter Rahmenbedingungen Deutschland den Rücken zu kehren

48 Prozent der freiberuflichen IT-Spezialisten in Deutschland denken aufgrund von Rechtsunsicherheit über eine Auswanderung nach. Eine Gesetzesänderung vom April 2017 und deren restriktive Auslegung durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) stellt ihren Status als Selbstständige in Frage. Bei einer Einordnung als Scheinselbstständige drohen ihren Auftraggebern jedoch hohe Strafen.

Die Auftraggeber kündigen deshalb den deutschen Experten in großer Zahl die Auftragsverhältnisse: 59 Prozent der Befragten haben mindestens einen Auftrag verloren, 26 Prozent von ihnen sogar die Auflösung ganzer Projekte und Organisationseinheiten in Deutschland erlebt. Gegenüber einer VGSD-Umfrage aus dem Jahr 2016, als 21 Prozent über Auftragsverluste berichteten, hat sich die Zahl der Betroffenen verdreifacht.

Auf die Frage, was mit den Projekten bzw. Aufträgen passiert sei, die aufgrund der unklaren Rechtslage nicht mehr mit Selbstständigen in Deutschland weitergeführt werden, gab die Hälfte an, dass diese (am deutschen Standort des

Auftraggebers) eingefroren oder beendet wurden. Ebenfalls in der Hälfte der Fälle wurden die Aufträge und Projekte an (größere) externe Dienstleister vergeben.

27 Prozent der gekündigten Aufträge bzw. Projekte wurden ins Ausland vergeben. Wo ganze Projekte und Organisationseinheiten vom Auftraggeber beendet/aufgelöst wurden, fand sogar in 38 Prozent der Fälle eine Verlagerung ins Ausland statt.

Dies sind die besorgniserregenden Ergebnisse einer Studie des Verbands der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD) und des Personaldienstleisters GULP, an der 1.940 VGSD-Mitglieder und GULP-Nutzer aus den Bereichen IT und Engineering teilgenommen haben.

Dr. Andreas Lutz, der Vorstandsvorsitzende des VGSD, bringt es so auf den Punkt:

„Die Große Koalition hat durch ihre Gesetzgebung für große Rechtsunsicherheit bei Selbstständigen und ihren Auftraggebern gesorgt. Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden jetzt sichtbar: Große Unternehmen müssen ihre innovativen Projekte ins Ausland verlagern, um sie rechtssicher durchführen zu können. Fast die Hälfte der IT-Selbstständigen erwägt, das Land zu verlassen. Die Große Koalition muss dringend handeln, um weiteren Schaden von Deutschland abzuwenden.“

Die Frage nach den Folgen der Rechtsunsicherheit wühlt die IT-Selbstständigen auf. In mehr als 250 Kommentaren gaben sie viele Beispiele dafür, dass der Versuch, Projekte auf angestellte Mitarbeiter zu übertragen, die idR. ohnehin schon überlastet sind, regelmäßig zu Verzögerungen und zum Scheitern von Projekten führt.

Auch der häufig gewählte Versuch, die Selbstständigen durch Zeitarbeiter zu ersetzen, wird kritisch bewertet, weil Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) deutlich schlechter bezahlt wird und hochqualifizierte Experten nicht bereit sind, in ANÜ tätig zu werden. Eigentlich wollte der Gesetzgeber die Zeitarbeit mit der Gesetzesänderung einschränken, tatsächlich bewirkt hat er aber das Gegenteil – zu Lasten bisher gut bezahlter Selbstständigkeit.

Angesichts der Verlagerung innovativer Projekte ins Ausland und der drohenden Abwanderung der ohnehin knappen IT-Fachkräfte bewerten lediglich 1 Prozent der Befragten die Entwicklung als positiv. 80 Prozent dagegen sehen negative oder sehr negative Auswirkungen auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Unter denen, die bereits selbst die Einstellung eines Projekts in Deutschland miterlebt haben, bewerten sogar 95 Prozent die Aussichten für den Standort Deutschland als (sehr) negativ.

Von dieser Gruppe von Betroffenen erwägen 63 Prozent (alle Befragte: 48 Prozent), im Ausland tätig zu werden. 8 (6) Prozent von ihnen haben sich dazu bereits fest entschieden, 10 (7) Prozent planen diesen Schritt in den nächsten Jahren. Der Rest (45 bzw. 38 Prozent) sieht die Auswanderung als Option, wenn sich die Situation in Deutschland weiter verschlechtert.

Selbst von den 37 (52) Prozent, die eine Auswanderung bisher nicht in Erwägung ziehen, kennen 11 (6) Prozent Kollegen, die einen Umzug ins Ausland planen. Zudem stehen sie mit dem Verbleib in Deutschland nicht zwangsläufig dem deutschen, mit IT-Kräften unversorgten, Arbeitsmarkt zur Verfügung: 2016 hatten in einer GULP-Umfrage 17 Prozent der Befragten geantwortet, sie würden sich (vorzeitig) in den Ruhestand verabschieden, wenn sie nicht mehr selbstständig arbeiten dürften.

„Diese Zahlen sind alarmierend, denn in der Praxis sind Solo-Selbstständige und Freelancer als Projektunterstützung äußerst gefragt“, berichtet Michael Moser, Vorsitzender der Geschäftsführung bei GULP. „Sie bringen bei Projekten schnell und flexibel viel und tiefgehendes Know-how in die Unternehmen und sind so eine wichtige Stütze der Digitalisierung. Umso gravierender ist es, wenn diese wertvollen Wissensarbeiter ins Ausland abwandern.“

Zur **ausführlichen Darstellung der Studienergebnisse** (<https://www.vgsd.de/?p=28929>) mit vielen Zitaten von Befragten.

Dort bzw. in der Galerie unten finden Sie auch weitere **honorarfrei verwendbare Abbildungen** (<https://www.vgsd.de/?p=28929>).(zum Vergrößern jeweils anklicken).

Über den VGSD:

Der Verband der Gründer und Selbstständigen e.V. (VGSD) vertritt die Interessen von Solo- und Kleinstunternehmern, Gründern sowie Teilzeit-Selbstständigen. Der 2012 gegründete Verband zählt aktuell rund 3.500 Vereins- und 14.500 Communitymitglieder. Sitz des VGSD ist München.

Betreff: Pressemeldung GULP: Große Umfrage zeichnet düsteres Bild der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland
Von: "Back@publictouch.de" <back@publictouch.de>
Datum: 20.03.19, 09:53
An: Sigi Riedelbauch <riedelbauch@publictouch.de>

Scheinselbstständigkeit – Folgen der Rechtsunsicherheit

-

Große Umfrage zeichnet düsteres Bild der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland

München – 20.03.2019. GULP und der Verband der Gründer und Selbständigen Deutschland (VGSD) befragten Ende 2018 1.940 Selbstständige, hauptsächlich aus den Bereichen IT und Engineering, nach den Auswirkungen der Rechtsunsicherheit bei der Beauftragung von externen Experten. Liegen der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP „keine bekannten Daten“ vor, dass die unklare Rechtslage zu einem Verlust der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder dem Abwandern von Know-how führen könnte, zeichnet die Umfrage ein ganz anderes Bild. 59 Prozent der Befragten gaben an, Aufträge oder ganze Projekte verloren zu haben. Über 90 Prozent sahen den Grund für die vorzeitige Beendigung von Aufträgen und Projekten in Deutschland in der bestehenden Rechtsunsicherheit. Fast die Hälfte aller Befragten erwägt aus diesen Gründen die Auswanderung aus Deutschland.

Steigerung der betroffenen Selbstständigen um 38 Prozent seit 2016

Mit fast 60 Prozent hat sich die Zahl der Betroffenen innerhalb von zwei Jahren verdreifacht. Bei einer [ähnlichen Umfrage des VGSD](#) in Zusammenarbeit mit Deskmag im Jahr 2016 zum Thema gaben nur 21 Prozent an, aufgrund drohender Konsequenzen hinsichtlich Scheinselbstständigkeit Aufträge oder Projekte nicht erhalten zu haben.

Ganze Projekte werden wegen Unsicherheit vorzeitig beendet

Von den 60 Prozent, die die Auswirkungen der mangelnden Rechtssicherheit zur Scheinselbstständigkeit zu spüren bekamen, berichten 33 Prozent „lediglich“ über vorzeitig beendete Aufträge, das heißt, die Aufgaben wurden anderweitig verteilt und Solo-Selbstständigen der Auftrag entzogen. In 26 Prozent der Fälle wurde – unabhängig vom Verlust eigener Aufträge – das ganze Kundenprojekt vorzeitig beendet und/oder Abteilungen bzw. Bereiche beim Auftraggeber aufgelöst.

Beendete Projekte wurden in 38 Prozent der Fälle ins Ausland verlagert

Auf die Frage, was mit den Projekten bzw. Aufträgen passiert sei, die aufgrund der unklaren Rechtslage nicht mit den Befragten weitergeführt wurden, gaben 53 Prozent an, dass diese (am deutschen Standort des Auftraggebers) eingefroren bzw. komplett beendet wurden. In 50 Prozent der Fälle wurde die Arbeit an andere externe Dienstleister vergeben. In 27 Prozent der Fälle fand eine Verlagerung ins Ausland statt, bei ganzen Projekten sogar 38 Prozent.

In mehr als 250 Anmerkungen und Kommentaren von Betroffenen wurde angegeben, dass selbstständige Auftragnehmer durch Zeitarbeiter ersetzt bzw. die Aufgaben an feste Mitarbeiter übergeben wurden.

Die Stammbelagschaft ihrerseits ist in der Regel schon so stark ausgelastet, dass die Verlagerung der Aufgaben auf sie mit starken Verzögerungen verbunden war bzw. zu einem Scheitern des

Projekts führte. In einer kleinen Zahl von Fällen wurde versucht, weiter mit Selbstständigen zusammenzuarbeiten, diese aber häufiger auszutauschen. Dies war für den Projekterfolg jedoch ebenfalls nicht förderlich.

Nahezu alle Betroffenen und 80 Prozent aller Befragten sehen Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit negativ oder sehr negativ

Die Auswirkungen der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für IT-Projekte auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland bewerteten alle Befragten überwiegend negativ, wobei sich die Antworten abhängig von den persönlichen Erfahrungen erheblich unterschieden. Nur ein kleiner Teil der Teilnehmer (2 Prozent) sah einen positiven oder sehr positiven Effekt. Am meisten pessimistisch waren mit 95 Prozent diejenigen, die die Beendigung eines Projekts oder die Auflösung einer Organisationseinheit miterlebt hatten. „Diese Zahlen sind alarmierend, denn in der Praxis sind Solo-Selbstständige und Freelancer als Projektunterstützung äußerst gefragt“, berichtet Michael Moser, Vorsitzender der Geschäftsführung bei GULP. „Sie bringen bei Projekten schnell und flexibel viel und tiefgehendes Know-how in die Unternehmen und sind so eine wichtige Stütze der Digitalisierung. Umso gravierender ist es, wenn diese wertvollen Wissensarbeiter ins Ausland abwandern.“

48 Prozent aller Befragten und 63 Prozent derer, die die Beendigung eines Projekts erlebt haben, erwägen Auswanderung

Die wahrgenommene Rechtsunsicherheit in Deutschland, der Verlust von Aufträgen und der befürchtete Rückgang von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit führt dazu, dass ein überraschend hoher Anteil der IT-Selbstständigen erwägt, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren bzw. immer mehr Aufträge aus dem Ausland anzunehmen.

Wenn man alle Befragten (einschließlich der Nicht-Betroffenen) betrachtet, sagt nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent, dass sie einen Umzug nicht erwägt. Sechs Prozent haben sich bereits fest entschlossen, ins Ausland zu gehen. Weitere sieben planen, dies in den nächsten Jahren zu tun. Für 35 Prozent ist es eine Option, wenn sich die Situation in Deutschland weiter verschlechtert.

Dr. Andreas Lutz, der Vorstandsvorsitzende des VGSD, bringt es so auf den Punkt: „Die Große Koalition hat durch ihre Gesetzgebung für große Rechtsunsicherheit bei Selbstständigen und ihren Auftraggebern gesorgt. Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden jetzt sichtbar: Große Unternehmen müssen ihre innovativen Projekte ins Ausland verlagern, um sie rechtssicher durchführen zu können. Fast die Hälfte der IT-Selbstständigen erwägt, das Land zu verlassen. Die Große Koalition muss dringend handeln, um weiteren Schaden von Deutschland abzuwenden.“

Dieser Text enthält 5.500 Zeichen.

Bildmaterial finden Sie unter: <https://www.publictouch.de/de/category/pressemitteilungen/gulp-information-services/>

Über GULP:

Als ein führender Personaldienstleister in den Bereichen IT, Engineering und Finance bringt GULP Unternehmen und hochqualifizierte Experten zusammen: Freelancer in Projekte, Arbeitnehmer in einen temporären Einsatz zu interessanten Unternehmen oder Mitarbeiter in Festanstellung.

Um den wechselnden Anforderungen von Kunden und Kandidaten gerecht zu werden, bietet GULP eine breite Palette an Möglichkeiten der Zusammenarbeit: Kunden unterschiedlichster Branchen und Unternehmensgrößen erhalten die Lösung, mit der sie flexibel planen können, ohne auf das benötigte Fachwissen zu verzichten. Kandidaten entscheiden sich für das Job-Angebot, das ihren aktuellen Bedürfnissen entspricht – beim Start in das Berufsleben, auf dem Weg zu einer neuen Karrierestufe, bei einer beruflichen Neuorientierung oder als Freelancer auf der Suche nach dem nächsten Projekt.

GULP beschäftigt derzeit über 500 interne Mitarbeiter und ist an 16 Standorten in Deutschland und der Schweiz

vertreten. Das Unternehmen ist eingebettet in den Verbund der Randstad Gruppe Deutschland und gehört zur niederländischen Randstad N.V., dem größten Personaldienstleister weltweit.

Weitere Informationen gibt es unter www.gulp.de

Ihre Presse-Ansprechpartner:

Monika Riedl
GULP Information Services
Telefon: 0049 89 500 316 558
E-Mail: monika.riedl@gulp.de

Sigi Riedelbauch
public touch – Agentur für Pressearbeit und PR
Telefon: 0049 91 23 97 47 13
E-Mail: riedelbauch@publictouch.de



public touch
Agentur für Pressearbeit und PR GmbH
Marktplatz 18, D-91207 Lauf
Tel.: +49 (0) 91 23/97 47 11
Fax: +49 (0) 91 23/97 47 17

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz: Lauf, Registergericht: Nürnberg HRB 14567,
Geschäftsführerin: Sigi Riedelbauch

Sollten Sie keine weiteren Pressemeldungen zu unserem Kunden GULP wünschen antworten Sie einfach mit „abmelden“

—Anhänge:—

image001.jpg

0 bytes

« [Aktuelle Beiträge \(/knowledge-base\)](/knowledge-base)

« [Alle Fokusthemen \(/knowledge-base/themenwelten\)](/knowledge-base/themenwelten)



© Adobe Stock / gearstd

Endstation für Innovationen in Deutschland?

Umfrage mit alarmierenden Ergebnissen

20.03.2019

GULP Redaktion – Monika Riedl

Artikel teilen:

f (<https://www.facebook.com/sharer/sharer.php?u=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html>)

t (<https://twitter.com/intent/tweet?url=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html>)

wa ([whatsapp://send?text=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html](https://whatsapp.com/send?text=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html))

in (<https://www.linkedin.com/shareArticle?mini=true&url=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html>)

x (<https://www.xing.com/spi/shares/new?url=https%3A%2F%2Fwww.gulp.de%2Fknowledge-base%2F19%2Fi%2Fendstation-fuer-innovationen-in-deutschland.html>)

Projektverlust: Betroffenzahl nimmt seit 2016 zu | Ganze Projekte beendet

Beendete Projekte ins Ausland verlagert

Negative Auswirkungen auf die Innovationskraft Deutschlands

Auswandern von Experten wird zur Bedrohung für die Innovationskraft Deutschlands!

GULP und der Verband der Gründer und Selbständigen Deutschland (VGSD) befragten Ende 2018 1.940 Selbstständige, hauptsächlich aus den Bereichen IT und Engineering, nach den Auswirkungen der Rechtsunsicherheit bei der Beauftragung von externen Experten. Liegen der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP „keine bekannten Daten“ vor, dass die unklare Rechtslage zu einem Verlust der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder dem Abwandern von Know-how führen könnte, zeichnet die Umfrage ein ganz anderes Bild. 59 Prozent der Befragten gaben an, Aufträge oder ganze Projekte verloren zu haben. Über 90 Prozent sahen den Grund für die vorzeitige Beendigung von Aufträgen und Projekten in Deutschland in der bestehenden Rechtsunsicherheit. Fast die Hälfte aller Befragten erwägt aus diesen Gründen die Auswanderung aus Deutschland.

Projektverlust: Betroffenzahl nimmt seit 2016 zu

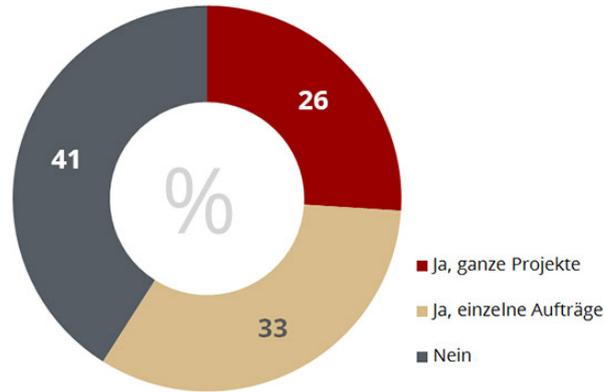
Mit fast 60 Prozent hat sich die Zahl der Betroffenen innerhalb von zwei Jahren verdreifacht. Bei einer **ähnlichen Umfrage des VGSD (<https://www.vgsd.de/wp-content/uploads/2016/02/11.jpg>)** In Zusammenarbeit mit Deskmag im Jahr 2016 zum Thema gaben nur 21 Prozent an, aufgrund drohender Konsequenzen hinsichtlich Scheinselbstständigkeit Aufträge oder Projekte nicht erhalten zu haben.

Ganze Projekte beendet

Von den 60 Prozent, die die Auswirkungen der mangelnden Rechtssicherheit zur Scheinselbstständigkeit zu spüren bekamen, berichten 33 Prozent „lediglich“ über vorzeitig beendete Aufträge, das heißt, die Aufgaben wurden anderweitig verteilt und Solo-Selbstständigen der Auftrag entzogen. In 26 Prozent der Fälle wurde – unabhängig vom Verlust eigener Aufträge – das ganze Kundenprojekt vorzeitig beendet und/oder Abteilungen bzw. Bereiche beim Auftraggeber aufgelöst.

Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

Haben Sie erlebt, dass Aufträge bzw. Projekte mit Externen wegen Rechtsunsicherheit beendet wurden?



GULP
experts united

VGSD

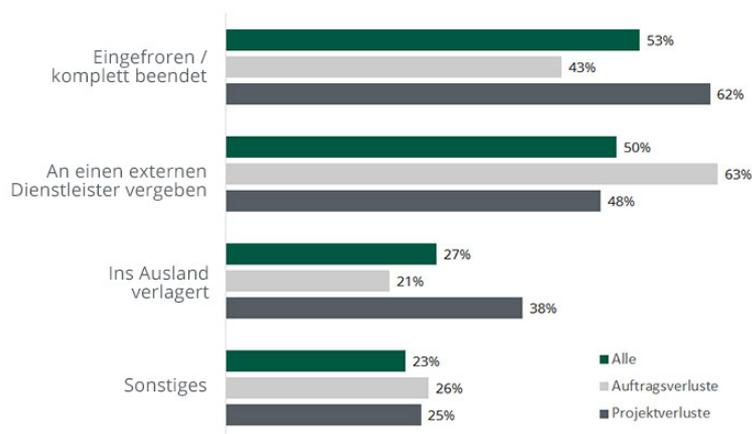
Datenbasis: Kooperationsstudie GULP und VGSD mit 1.940 Teilnehmern
Quelle: www.gulp.de und www.vgsd.de

Beendete Projekte ins Ausland verlagert

Auf die Frage, was mit den Projekten bzw. Aufträgen passiert sei, die aufgrund der unklaren Rechtslage nicht mit den Befragten weitergeführt wurden, gaben 53 Prozent an, dass diese (am deutschen Standort des Auftraggebers) eingefroren bzw. komplett beendet wurden. In 50 Prozent der Fälle wurde die Arbeit an andere externe Dienstleister vergeben. In 27 Prozent der Fälle fand eine Verlagerung ins Ausland statt, bei ganzen Projekten sogar 38 Prozent.

Umfrage: Innovationsstandort Deutschland?

Was ist mit den Projekten / Aufträgen passiert? [Mehrfachnennungen möglich]



GULP
experts united

VGSD

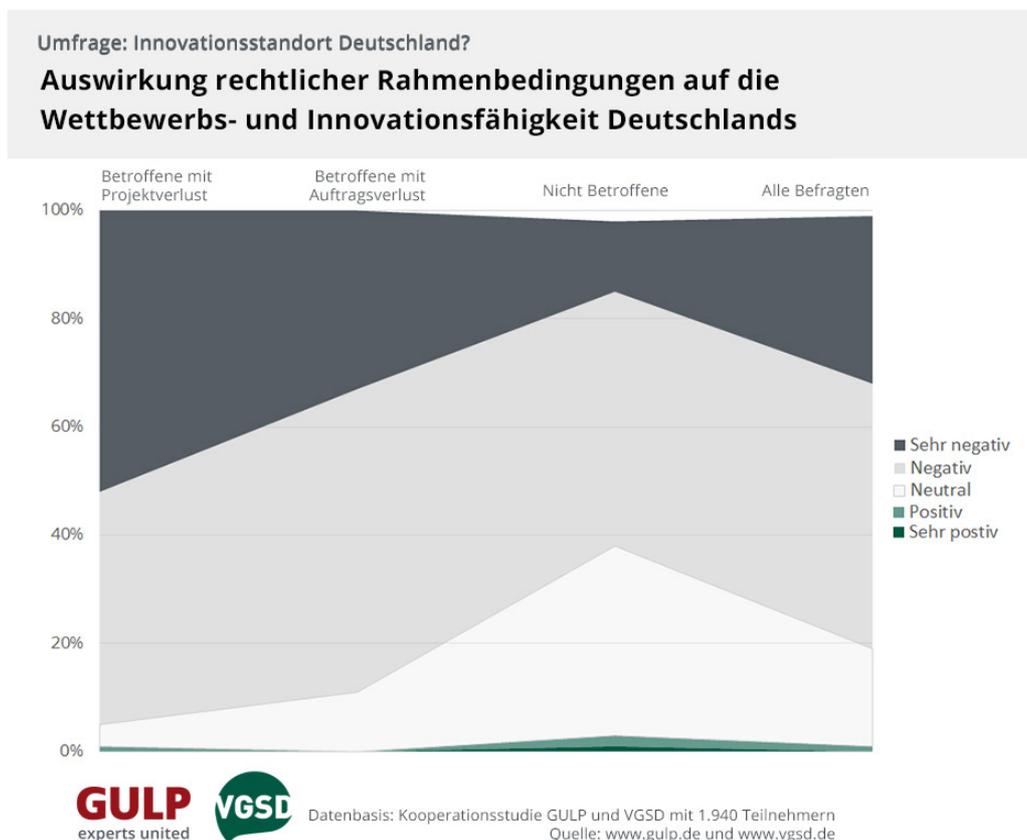
Datenbasis: Kooperationsstudie GULP und VGSD mit 1.940 Teilnehmern
Quelle: www.gulp.de und www.vgsd.de

In mehr als 250 Anmerkungen und Kommentaren von Betroffenen wurde angegeben, dass selbstständige Auftragnehmer durch Zeitarbeiter ersetzt bzw. die Aufgaben an feste Mitarbeiter übergeben wurden.

Die Stammebelegschaft ihrerseits ist in der Regel schon so stark ausgelastet, dass die Verlagerung der Aufgaben auf sie mit starken Verzögerungen verbunden war bzw. zu einem Scheitern des Projekts führte. In einer kleinen Zahl von Fällen wurde versucht, weiter mit Selbstständigen zusammenzuarbeiten, diese aber häufiger auszutauschen. Dies war für den Projekterfolg jedoch ebenfalls nicht förderlich.

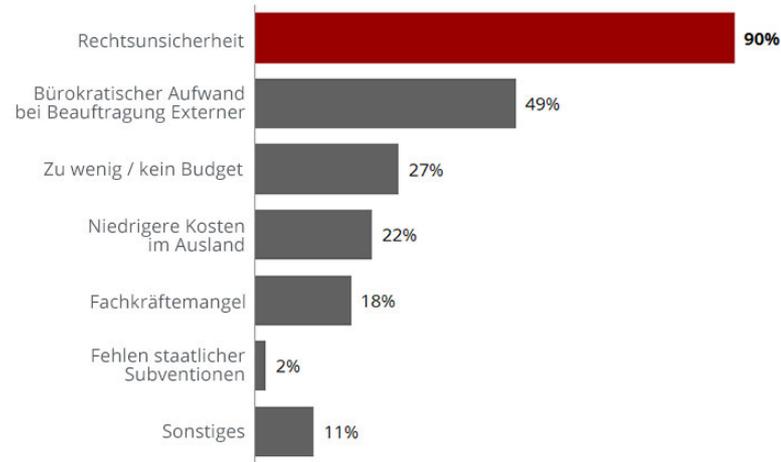
Negative Auswirkungen auf die Innovationskraft Deutschlands

Die Auswirkungen der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für IT-Projekte auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland bewerteten alle Befragten überwiegend negativ, wobei sich die Antworten abhängig von den persönlichen Erfahrungen erheblich unterschieden. Nur ein kleiner Teil der Teilnehmer (2 Prozent) sah einen positiven oder sehr positiven Effekt. Am meisten pessimistisch waren mit 95 Prozent diejenigen, die die Beendigung eines Projekts oder die Auflösung einer Organisationseinheit miterlebt hatten.



„Diese Zahlen sind alarmierend, denn in der Praxis sind Solo-Selbstständige und Freelancer als Projektunterstützung äußerst gefragt“, berichtet Michael Moser, Vorsitzender der Geschäftsführung bei GULP. „Sie bringen bei Projekten schnell und flexibel viel und tiefgehendes Know-how in die Unternehmen und sind so eine wichtige Stütze der Digitalisierung. Umso gravierender ist es, wenn diese wertvollen Wissensarbeiter ins Ausland abwandern.“

Gründe für Projekt- oder Auftragsverlust [Mehrfachnennungen möglich]

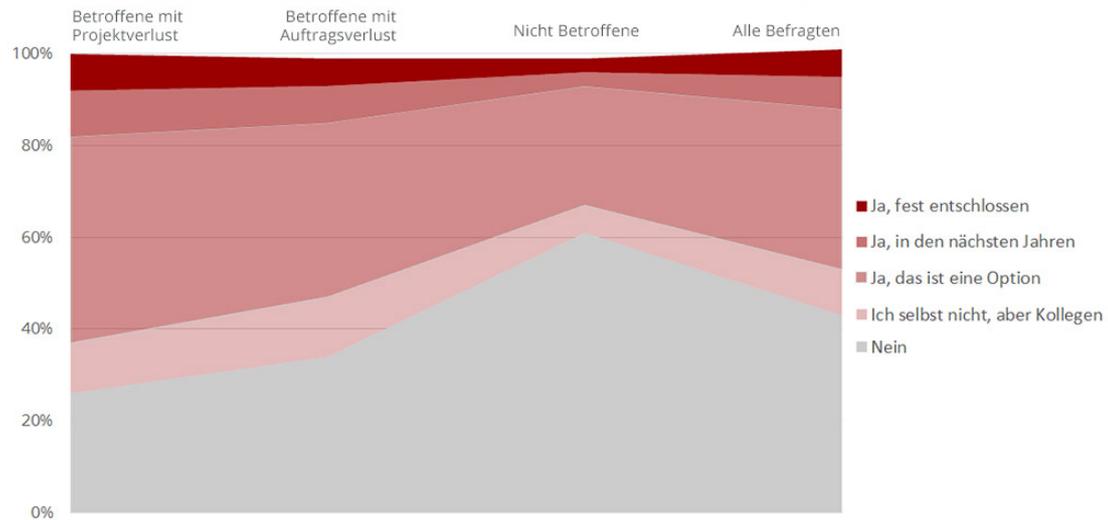


Auswandern von Experten wird zur Bedrohung für die Innovationskraft Deutschlands!

Die wahrgenommene Rechtsunsicherheit in Deutschland, der Verlust von Aufträgen und der befürchtete Rückgang von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit führt dazu, dass ein überraschend hoher Anteil der IT-Selbstständigen erwägt, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren bzw. immer mehr Aufträge aus dem Ausland anzunehmen.

Wenn man alle Befragten (einschließlich der Nicht-Betroffenen) betrachtet, sagt nur eine knappe Mehrheit von 52 Prozent, dass sie einen Umzug nicht erwägt. Sechs Prozent haben sich bereits fest entschlossen, ins Ausland zu gehen. Weitere sieben planen, dies in den nächsten Jahren zu tun. Für 35 Prozent ist es eine Option, wenn sich die Situation in Deutschland weiter verschlechtert.

Erwägen Sie, aufgrund der Rechtsunsicherheit in Deutschland im Ausland tätig zu werden?



GULP
experts united

VGSD

Datenbasis: Kooperationsstudie GULP und VGSD mit 1.940 Teilnehmern
Quelle: www.gulp.de und www.vgsd.de

Dr. Andreas Lutz, der Vorstandsvorsitzende des VGSD, bringt es so auf den Punkt: „Die Große Koalition hat durch ihre Gesetzgebung für große Rechtsunsicherheit bei Selbstständigen und ihren Auftraggebern gesorgt. Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden jetzt sichtbar: Große Unternehmen müssen ihre innovativen Projekte ins Ausland verlagern, um sie rechtssicher durchführen zu können. Fast die Hälfte der IT-Selbstständigen erwägt, das Land zu verlassen. Die Große Koalition muss dringend handeln, um weiteren Schaden von Deutschland abzuwenden.“

Lesermeinungen zum Artikel

Es wurden noch keine Bewertung abgegeben.

Ihre Meinung zum Artikel

Name:

Überschrift:

Kommentar: